

**Ergebnisprotokoll über die Sitzung des
Sozialausschusses am 4. Mai 2015**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

| | |
|--|----------------|
| Reingruber, Holzwarth, Rienth, Tottmann, Wittner | (CDU) |
| Kelemen, Sattler, Franke, Rentschler | (SPD) |
| Segan, Jensen | (Freie Wähler) |
| Messinger, Fazio, Heß-Naundorf | (GRÜNE) |
| Auer, Goll (bis ca. 16:20 Uhr), Payr | (FDP-FW) |
| Medeck (bis 16:55 Uhr) | (AfD) |
| Hinrichsen | (LINKE/ÖDP) |

Die stv. Ausschussmitglieder: Jenner-Wanek, Dr. Ketterer (CDU)
Hesky (Freie Wähler)

Entschuldigte Ausschussmitglieder: Schaal, Dr. Ulfert (CDU)
Sailer (Freie Wähler)

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich
Dezernentin Hülle
Kreiskämmerer Geißler
Gesundheitsdezernentin Dr. Längle-Sanmartin (Top 1-4)
Geschäftsbereichsleiter Frey (Top 1)
Geschäftsbereichsleiterin Stock (Top 1)
Geschäftsbereichsleiterin Bittinger (Top 6)
Frau Rauscher (Top 3)
Herr Geiser (Top 4)
Frau Dr. Merx (Top 4)
Herr Schroeder (Top 5)
Weitere Mitarbeiter
Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14.35 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:45 Uhr

§ 1

Lagebericht Asyl einschließlich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) sowie Sozialbetreuung; Antrag der Freien Wähler
Drucksache 2015-36-SozA04.05.
Bereits übersandte Drucksachen
2015-30-VSKA27.04. 2015-31-VSKA27.04. 2015-31a-VSKA27.04.

Der Ausschuss stimmt einvernehmlich, den von Landrat Fuchs modifizierten Beschlussvorschlag zu.

Der Sozialausschuss nimmt vom Bericht Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, eine mögliche Vergabe der Sozialbetreuung an freie Träger zu prüfen. Hierbei sind die Vor- und Nachteile ausführlich darzustellen und dem ~~Sozialausschuss~~ Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss in der Sitzung am ~~23.11.2015~~ 28.09.2015 zur Entscheidung vorzulegen.

§ 2

Bestellung eines/einer Patientenfürsprechers/in
Drucksache 2015-37-SozA04.05.
Bereits übersandte Drucksache 2014-107-SozA24.11.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den von Landrat Fuchs ergänzten Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss stellt die Konzeption für die Einrichtung des Amtes eines Patientenfürsprechers/einer Patientenfürsprecherin an den Rems-Murr-Kliniken fest. Er beauftragt die Verwaltung, interfraktionell mit den interessierten Bewerbern die Konzeption zu erörtern.

§ 3

Krisen-, Klärungs- und Vermittlungsdienst (KKV-Dienst) im Rems-Murr-Kreis – erneute Beratung und Beschlussfassung anhand der überarbeiteten Konzeption
Drucksache 2015-38-SozA04.05.

Kreisrat Segan bringt den nachstehenden Antrag der Fraktion der Freien Wähler ein und erläutert diesen:

Die Finanzierung eines Krisen-, Klärungs- und Vermittlungsdienst (KKV-Dienst) im Rems-Murr-Kreis für Menschen in Notlagen wird auf Grundlage der dargestellten inhaltlichen Konzeption, jedoch unter Inanspruchnahme von externen Dienstleistern angeboten. Die Städte und Gemeinden, welche den Dienst in Anspruch nehmen, bezahlen ein kostendeckendes Entgelt.

Begründung:

Die Fraktion der Freien Wähler erkennt den Bedarf eines entsprechenden Dienstes und begrüßt dessen befristete Erprobung.

Allerdings sieht die Fraktion der Freien Wähler keinen Vorteil darin, dass eigenes Personal bei der Landkreisverwaltung vorgehalten werden soll, welches dann in zweieinhalb Jahren seine Existenz rechtfertigen muss.

Wir fordern, dass zur Erfüllung dieser Dienste Kooperationsvereinbarungen mit externen Dienstleistern des Sozialbereiches geschlossen werden, welche auf der Grundlage eines für alle Städte und Gemeinden vereinbarten Rahmenvertrages fallbezogen, nach Auftrag und Kostentragung durch den jeweiligen Auftraggeber tätig werden.

Dieses Vorgehen hat Vorteile:

- Dienstleistungen können, je nach Wahl des jeweiligen Dienstleisters standortnah erbracht werden.
- Die zeitgleich verfügbaren Kapazitäten sind bei der Wahl mehrerer Dienstleister wesentlich größer. Wartezeiten werden so geringer.

- Die Zahl der Dienstleister kann bedarfsgerecht bemessen werden. Es kann eine nachhaltige Versorgung dargestellt werden.
- Konnexität besteht.
- Es bestehen keine Vertretungsprobleme.
- Der Landkreis geht keinerlei Beschäftigungsrisiko ein.
- Die Fallzahlen liegen jeweils exakt und fallbezogen nachvollziehbar auf dem Tisch.
- Dienstleister des Sozialbereiches werden gestärkt.
- Die Dienstleister genießen mindestens das gleiche öffentliche Ansehen, als die Landkreisverwaltung.
- Nähe zwischen Landkreis und Sozialträger besteht.

In der letzten Bürgermeistersprengelsitzung wurde das Thema ebenfalls angesprochen. Der Bedarf eines besonderen Dienstes wird sehr unterschiedlich gesehen, je nachdem, welche Dienste vor Ort bereits bestehen. Von einem einheitlichen Bedarf kann deshalb nicht gesprochen werden.

Alles spricht dafür, diesen sinnvollen Dienst einzurichten. Der Dienst soll jedoch auf der Grundlage einer Dienstleistung von Dritten erbracht werden. Die Freien Wähler vermissen diesen Aspekt in der Vorlage und bitten dies in Form von entsprechenden Angeboten nachzuholen.

Landrat Fuchs stellt den nachstehenden, weitergehenden Antrag zur Abstimmung mit der Maßgabe, dass geprüft werde, ob dieser machbar sei.

Der Ausschuss beschließt bei 12 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen den Antrag der Freien Wähler:

Die Finanzierung eines Krisen-, Klärungs- und Vermittlungsdienst (KKV-Dienst) im Rems-Murr-Kreis für Menschen in Notlagen wird auf Grundlage der dargestellten inhaltlichen Konzeption, jedoch unter Inanspruchnahme von externen Dienstleistern angeboten. Die Städte und Gemeinden, welche den Dienst in Anspruch nehmen, bezahlen ein kostendeckendes Entgelt.

§ 4

„Älter werden im Rems-Murr-Kreis – ein modularer Planungsprozess“ - Informationen zu den Zwischenergebnissen Kreispflegeplan, kreisweite Bürgerbefragung sowie Umfrage zur ärztlichen Versorgung in Pflegeheimen

Drucksache 2015-39-SozA04.05.

Der Ausschuss nimmt den Bericht „Älter werden im Rems-Murr-Kreis – ein modularer Planungsprozess“ zur Kenntnis und beschließt einvernehmlich einstimmig:

Der Bericht wird zu Kenntnis genommen. Dem geplanten Vorgehen wird zugestimmt.

§ 5

3 Jahre kommunale Gesundheitskonferenz - Zwischenbericht

Drucksache 2015-40-SozA04.05.

Der Ausschuss nimmt den Zwischenbericht „3 Jahre kommunale Gesundheitskonferenz“ zur Kenntnis.

§ 6

Verschiedenes

Geschäftsbereichsleiterin Bittinger berichtet zum aktuellen Sachstand zum Thema „Der Pflegestützpunkt Rems-Murr-Kreis – Überlegungen zur Weiterentwicklung“ sowie zum Thema „Kommunale Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung“. Die zugehörigen Präsentationen sind dem Original der Niederschrift als Anlagen beigelegt.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert